

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, b-now, und FDP

Neu-Anspach den 09.12.2023

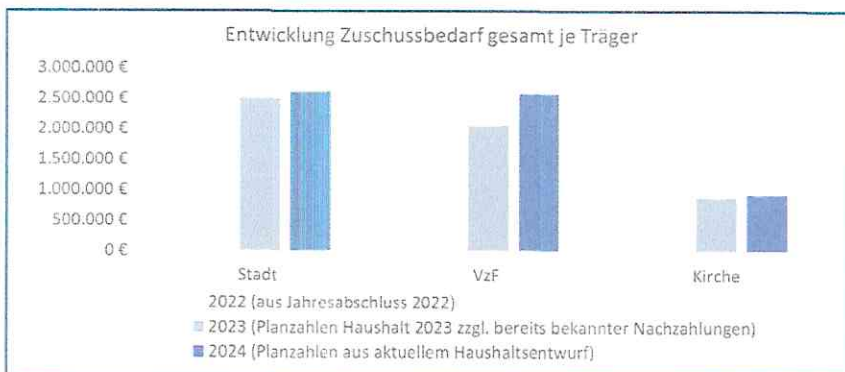
Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, Folgendes in die Verträge mit den freien Trägern – insb. dem VzF - aufzunehmen:

- Es wird eine nachvollziehbare Betriebs- und Verwaltungskostenpauschale vereinbart, die jährlich entsprechend der Index- und Energiekostensteigerungen angepasst wird
- Sofern die absoluten Gehälter (inkl. eventueller Zuschläge) über denen nach TVöD liegen, müssen sich die Erhöhungen an den Tarifierhöhungen orientieren und können nur in Absprache mit der Stadt darüber hinaus erhöht werden (um die Gehaltsunterschiede zum Nachteil der städtischen Erzieherinnen und Erzieher nicht noch größer werden zu lassen)
- Zudem soll eine über alle Träger einheitliche pro-Kind-Pauschale für alle nicht integrativ betreuten Kinder angestrebt werden: Die nicht-integrativen Leistungen müssen innerhalb der Stadt in der Form harmonisiert werden, dass diese Leistungen über alle Träger hinweg mit einem Satz erstattet werden, den die Stadt jährlich anpasst (eventuelle Zusatzleistungen des Trägers, die darüber hinausgehen, müssen mit den Eltern direkt verrechnet werden. Die Stadt kann und darf unter Gerechtigkeitsaspekten keine Differenzierung vornehmen)
- Für Integrationsleistungen muss von der Stadt ein Erstattungsbetrag verhandelt und jährlich nachvollziehbar angepasst werden. Dieser muss die echten Kosten unter Berücksichtigung aller Fördermöglichkeiten berücksichtigen und bei wohnortfremden I-Kindern vollständig von den Heimatkommunen getragen werden (letzteres wird bereits praktiziert, die Beträge werden aktuell noch nicht jährlich angepasst). Die jährliche Anpassung muss in die Vereinbarung mit den Kommunen der wohnortfremden Kinder aufgenommen werden

Begründung:

Die Kosten des VzF haben sich in den letzten Jahren kontinuierlich und auch in 2024 wieder deutlich erhöht. Bei etwa gleichbleibender Kinderanzahl ist eine Steigerung in den Haushaltsansätzen für den VzF von über 40% gegenüber dem Vorjahr 2023 und über 50% gegenüber dem Jahresabschluss 2022 zu verzeichnen. Die reinen Mehrkosten 2024 ggü. 2022 liegen bei über 860.000€. Sowohl die Zahl insgesamt betreuter Kinder als auch der integrativ betreuten Kinder hat sich im besagten Zeitraum nur geringfügig geändert, sodass auch dies die stetigen Erhöhungen nicht erklären kann. Die beiden VzF-Einrichtungen sind in 2024 (gemäß Haushaltsplan) etwa genauso teuer wie alle städtischen Kitas zusammen, wobei in den städtischen Einrichtungen etwa 55% mehr Kinder betreut werden. Selbst wenn man die Mehrkosten für die Betreuung der integrativen Kinder herausrechnet (eine Leistung, die wir als Stadt gerne tragen, weil es wichtig und richtig ist), kosten die städtischen Kitas bei 55% mehr Kindern nur knapp 15% mehr in 2024 (basierend auf den vom VzF angegebenen absoluten jährlichen Mehrkosten je I-Kind in Höhe von 13.570€). Setzen sich die Steigerungsraten fort, können wir uns als Stadt spätestens in den nächsten Jahren derartige Betreuungskosten nur noch mit massiven Steuer- oder Gebührenerhöhungen leisten, das dürfen wir nicht zulassen. Es ist ein großer Mehrwert für die Stadt über integrative Kindergärten zu verfügen. Dabei müssen insbesondere im Interesse der Kinder und Eltern vertragliche Regelungen gefunden werden, die es für die Stadt finanziell machbar und planbar machen und den Eltern die Sicherheit geben, dass sich die Stadt die Kinderbetreuung durch die freien Träger auch in den nächsten Jahren noch leisten kann. Daher müssen Änderungen in den Verträgen vorgenommen werden, die die Kostensteigerungen planbar und überschaubar machen. Wir fordern daher eine Überarbeitung der aktuellen Verträge, um eine langfristige Sicherheit und Bezahlbarkeit der Kinderbetreuung sicherzustellen - im Sinne der Kinder, der Eltern und allen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Stadt.



| | 2022 (aus Jahresabschluss 2022) | 2024 (Planzahlen aus aktuellem Haushaltsentwurf) | |
|--------------------------|---------------------------------|--|--|
| Stadt (330 – 350 Kinder) | 1.855.013 € | 2.619.253 € (+41%) | Erhöhung der Kinderanzahl um ca. 6% (und Verschiebung Richtung U3 – 30% mehr als 2022) |
| VzF (193 – 194 Kinder) | 1.715.338 € | 2.581.539 € (+50%) | Kinderanzahl fast gleich bleibend (leichte Verschiebung Richtung U3 – 9% mehr als 2022) |
| Kirche (95 – 108 Kinder) | 877.411 € | 918.879 € (+5%) | Reduzierung der Kinderanzahl um 12% (deutliche Verschiebung Richtung U3 – 92% mehr als 2022) |